

Recklinghäuser Erklärung

13. Bundesdelegiertenversammlung

25.-26.10.2010

Recklinghausen Ruhrfestspielhaus



Die Politik muss die Integration in Zukunft noch viel stärker in die Mitte ihres Handels rücken. Ob der Zusammenhalt unserer Gesellschaft auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten gelingen wird, hängt entscheidend davon ab, wie ernst die Politik das Thema Integration nimmt. Einzelmaßnahmen helfen nicht weiter, wir brauchen ein umfassendes Integrationskonzept.

Deutschland ist ein weltoffenes tolerantes Land, Menschen aus vielen verschiedenen Ländern mit unterschiedlichen Glaubensrichtungen leben bei uns. Religionsfreiheit ist und bleibt für uns dabei ein hohes Gut. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland schützt die Glaubensfreiheit jedes Einzelnen. Aber es gibt es einen entscheidenden Unterschied zwischen den jeweiligen Religionen in unserem Land: Christentum und Judentum gehören zu den Grundlagen unserer Gesellschaft.

In Deutschland leben rund 45 Millionen Menschen, die der römisch-katholischen und der evangelischen Kirche angehören sowie über 100.000 jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Hinzu kommen vier Millionen Muslime, die bei uns leben, und viele Millionen Menschen, die keine Religionszugehörigkeit haben. Sie alle sind Teil unserer Gesellschaft.

Christentum, Judentum und Islam sind Weltreligionen, aber für Deutschland gilt: Das Fundament und die Wurzeln unserer Gesellschaft liegen im Christentum und Judentum begründet, nicht im Islam. Unsere Kultur ist stark vom Christentum und den Überzeugungen der Kirche geprägt, dazu gehört auch die jüdische Tradition, ebenso wie der Aufklärung und der Humanismus, aber eben nicht der Islam.

Für die Zukunft und das Zusammenleben unserer Gesellschaft ist es wichtig, dass sich der Islam modernisiert und den Herausforderungen eines säkularen Staates im 21. Jahrhundert gerecht wird. Dazu gehört die Akzeptanz, dass Staat und Religion zu trennen sind und keine Einheit bilden. Der Islam muss sich weiterentwickeln und mit der Moderne vereinbar sein. Die Politik schreibt den Menschen eben nicht vor, wie

sie ihren Glauben zu leben haben. Bei uns in Deutschland gilt das Grundgesetz, nicht die Sharia oder der Koran. Wir wollen und wir dulden in Deutschland keine Unterdrückung von Frauen und keine Einschränkung der Meinungs- und Religionsfreiheit. Wir als Senioren-Union sagen „Ja“ zur Religionsfreiheit in unserem Land, aber „Nein“ zur Religionsgleichheit.

Darüber hinaus hängt der Zusammenhalt der Generationen und unserer Gesellschaft auch davon ab, ob sich diejenigen, die bereits zugewandert sind und die, die noch zuwandern werden, sich in Deutschland auch integrieren wollen. Integration bedeutet ganz konkret sich in die Leitkultur des Landes zu integrieren, in dem man leben möchte. Zu einer erfolgreichen Integration gehören vor allem die Anerkennung unseres freiheitlichen Grundgesetzes, die Achtung der Würde und der Rechte eines jeden Einzelnen, Grundkenntnisse zum Aufbau, zur Geschichte und zur Entwicklung unseres Staates und vor allem der Wille, Deutsch zu lernen und Deutsch zu sprechen. Diese Punkte sind wichtige Leitlinien, die uns Orientierung im Alltag geben und dabei helfen, friedlich und respektvoll miteinander zu leben.

Diejenigen, die keinerlei Bereitschaft zeigen, diese Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Integration zu erfüllen und anzuerkennen, sind eine Belastung für unsere Gesellschaft und schließen sich selbst aus. Niemand zwingt sie, in Deutschland zu leben und zu bleiben. Das Paradoxe: Bei der Grundversorgung durch unseren Sozialstaat wollen dann selbst die integriert sein, die unsere Kultur und unsere Werte ablehnen und sie zum Teil sogar bekämpfen und denunzieren. Das passt nicht zusammen. Dieses Verhalten darf deshalb auch nicht länger toleriert und zugelassen werden. Wer uns zugewandert ist, unserem Land aber nur auf der Tasche liegen will und es sich zur Lebensaufgabe macht, unsere sozialen Sicherungssysteme zu belasten und sich in einer Parallelwelt einzurichten – abgeschottet von Arbeitswelt und Gesellschaft – sollte Deutschland wieder verlassen.

Integration darf keine Einbahnstraße sein. Fördern und fordern müssen Hand in Hand gehen, wobei das Fordern stärker als bislang betont werden muss. Es gibt einerseits viele Beispiele für gelungene und vorbildliche Integration. Aber andererseits gibt es leider auch starke negative Entwicklungen, die angesprochen werden müssen. Wenn sich z. B. in Schulen, die in der Mehrzahl von Kindern und Jugendlichen besucht werden, die eine Zuwanderungsgeschichte haben, deutsche Kinder und Jugendliche und sogar Lehrpersonal aus Angst vor Gewalt nicht mehr alleine auf den Schulhof trauen, dann stimmt etwas nicht. Und wenn es in vielen Städten deutliche Anzeichen von Gettoisierungen gibt und sich Polizisten nicht mehr in Stadtviertel wagen, die überwiegend oder stark ausländisch geprägt sind, dann läuft zuviel aus dem Ruder. Das kann und das darf so nicht länger hingenommen werden.

Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – unsere Gesellschaft wird immer älter, weniger und bunter – und der enormen Bedeutung des Erhalts unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, wird es in Zukunft immer wichtiger, dass diejenigen, die schon länger hier sind und diejenigen, die zu uns kommen wollen, eine gesunde Leistungsbereitschaft mitbringen und einen Bildungsabschluss bzw. eine berufliche Qualifikation vorweisen können. Deshalb brauchen wir neue Anforderungen und Kriterien für ein modernes, zukunftsgerichtetes qualifiziertes Zuwanderungssystem. Das Punktesystem – wie es z. B. in Kanada praktiziert wird – ist ein interessantes und erfolgreiches Modell, das Vorbildfunktion hat.

Der Geburtenrückgang in Deutschland führt dazu, dass in Zukunft immer weniger Menschen in die sozialen Sicherungssysteme einzahlen werden, gleichzeitig aber immer mehr Rentnerinnen und Rentner über die Beitragszahler finanziert werden müssen. Bei den Geburtenzahlen fällt Deutschland im europäischen Vergleich immer weiter zurück. 2009 ist die Geburtenrate sogar doppelt so stark gesunken wie im Schnitt der EU. Auf 1000 Einwohner kamen bundesweit im vergangenen Jahr 7,9 Geburten – im Vorjahr waren es noch 8,3. EU-weit sank die durchschnittliche Zahl

der Neugeborenen dagegen deutlich geringer von 10,9 auf 10,7. Seit Jahren ist die Bundesrepublik Schlusslicht der 27 EU-Mitgliedsstaaten trotz hoher Geburtenzahlen in Familien mit Migrationshintergrund. Auch hier muss die Politik energisch gegensteuern.

Der Fachkräftemangel, bereits jetzt vielerorts ein großes Problem für unseren Arbeitsmarkt, wird sich durch den Geburtenrückgang weiter verschärfen. Die Lösung darf aber nicht eine ungezügelter Zuwanderung sein, sondern zuerst müssen die Ressourcen der bei uns lebenden Menschen bestmöglich ausgeschöpft werden. Das heißt: Es muss auf der einen Seite alles dafür getan werden, dass gut- und hochqualifizierte Deutsche und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte unser Land nicht mehr wegen beruflicher Perspektivlosigkeit verlassen und woanders ihr Glück suchen. Und es muss auf der anderen Seite alles dafür getan werden, dass qualifizierte Arbeitslose wieder schnell in Lohn und Brot gebracht und ihre Fähigkeiten genutzt werden. Daran sollte sich dann eine qualifizierte und moderne Zuwanderung orientieren. Eine Zuwanderung, die nicht gezielt gesteuert wird, schadet nicht nur uns, sondern unter Umständen sogar auch Entwicklungs- oder Schwellenländern, die selbst Arbeitskräfte und deren geistige Ressourcen und Fähigkeiten benötigen.

Deutschland ist Ein- und Auswanderungsland gleichermaßen. Fakt ist: Noch nie haben in Deutschland so viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gelebt wie heute. Ende 2009 waren es über 16 Millionen. Damit war etwa jeder fünfte Bürger ein seit 1950 Zugewanderter oder ein Nachkomme. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind deutlich jünger als der Rest der Bevölkerung (34,7 Jahre gegenüber 45,6 Jahre). Ihnen fehlt aber sehr viel häufiger ein allgemeiner Schulabschluss oder ein beruflicher Abschluss, und sie sind etwa doppelt so häufig erwerbslos und dadurch auch deutlich stärker von Armut bedroht.

Die deutsche Bevölkerung dagegen altert, geburtenschwache Jahrgänge lassen die Schülerzahlen insgesamt erheblich schrumpfen. Demgegenüber wächst die Zahl der jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte stark an. Während z. B. die Gesamtzahl der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen bereits seit Jahren abnimmt, ist der Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den vergangenen drei Jahren um über fünf Prozent gestiegen.

Um deren Bildung ist es in der Regel sehr schlecht bestellt. Bildungs- und Arbeitsmarktforscher schlagen seit langem Alarm. Von den 20- bis 30-Jährigen mit Zuwanderungsgeschichte hat fast jeder Dritte keinen Berufsabschluss und befindet sich auch nicht mehr in der Weiterbildung. Bei jungen Frauen türkischer Herkunft ist es sogar fast die Hälfte. Zugleich tickt in vielen Ballungsstädten wie Berlin, Hamburg, Köln, München oder Stuttgart eine demografische Zeitbombe: Dort hat laut dem aktuellen Bildungsbericht von Bund und Ländern inzwischen mehr als jeder zweite Jugendliche unter 15 Jahren ausländische Wurzeln. Die Tendenz ist steigend. In Frankfurt/Main kommen schon 72 Prozent der unter Dreijährigen aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte. Deutschland wird sich fundamental ändern, darauf müssen wir uns bestmöglich einstellen und vorbereiten!

Ein großes Problem liegt zudem darin, dass Schüler aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte weitaus häufiger im deutschen Bildungssystem scheitern, im Schnitt deutlich seltener auf Gymnasien und überproportional häufig auf Hauptschulen gehen. Eine bedenkliche Erscheinung für die Zukunft von Kindern und Jugendlichen.

Und das, obwohl sich Bund und Länder in der vergangenen Wahlperiode auf einen Nationalen Integrationsplan verständigt haben. Es gibt zwar erste positive Ansätze. Heute nehmen z. B. mehr Kinder aus Zuwandererfamilien an frühkindlicher Bildung und der so wichtigen Sprachförderung teil als noch 2005. Aber die Quoten zwischen den Bundesländern variieren stark. Und noch immer schicken viele Familien mit

Zuwanderungsgeschichte ihre Kinder im Vorschulalter nicht in den Kindergarten – während dies für ihre deutschen Alterskameraden inzwischen die Regel ist.

2008 hatten über 13 Prozent der 15- bis 19-jährigen Jugendlichen, mit Zuwanderungsgeschichte, keinen Schulabschluss. Bei den Jugendlichen ohne Zuwanderungsgeschichte waren es sieben Prozent. Der Wissens- und Kompetenzrückstand der meisten dieser jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gegenüber Gleichaltrigen deutscher Herkunft entspricht in der Grundschule wie auch in weiterführenden Schulen der meisten Bundesländer deutlich mehr als einem Schuljahr. Besonders gravierend wirkt sich das in der wichtigsten Schlüsselkompetenz für das weitere Lernen aus, dem Lesen und dem Textverständnis in deutscher Sprache.

Die Probleme von jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, nach der Schule eine Lehrstelle zu finden, schlagen sich entsprechend auch in den späteren Arbeitslosenquoten nieder. Laut Regierungsbericht ist die Arbeitslosenquote von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nach wie vor etwa doppelt so hoch wie von Einheimischen ohne Zuwanderungsgeschichte. Von Chancengleichheit bei der Bildung und gleichen Aufstiegschancen kann deshalb noch lange keine Rede sein. Bund und Länder müssen hier noch mehr Anstrengungen unternehmen als bisher und durch höhere Investitionen zeigen, dass Integration Priorität hat. Auch in finanziell schwierigen Zeiten.

Integration ist eine Querschnittsaufgabe von größtem Gewicht für unsere Gesellschaft. Eine moderne Integrationspolitik des Bundes, der Länder und der Kommunen muss deshalb folgende Punkte aufgreifen und in einem Gesamtkonzept umsetzen:

- die Einführung eines Punktesystems für eine qualifizierte Zuwanderung nach kanadischem Vorbild;

- Deutsch muss nicht nur während des Unterrichts, sondern auch in den Pausen und auf dem gesamten Schulgelände verpflichtende Sprache sein; einige Schulen haben hier bereits vorbildliche Vereinbarungen getroffen;
- deutlich mehr Investitionen des Staates in Sprachkurse für Zugewanderte;
- eine bessere Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern, die in Integrationskursen Deutsch unterrichten;
- die Anerkennung von vergleichbaren ausländischen beruflichen Qualifikationen und Abschlüssen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte;
- gewaltbereite und gewalttätige Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – auch und insbesondere Jugendliche – müssen zeitnah bestraft werden, wenn sie straffällig werden;
- Mehrfachtäter mit Zuwanderungsgeschichte, die nicht eingebürgert sind, müssen ausgewiesen werden.
- die Einführung islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen, unter deutscher Schulaufsicht und in deutscher Sprache, sofern eine Religionsgemeinschaft nach Artikel 7 Abs. 3 Satz 2 des Grundgesetzes vorhanden ist;
- die Ausbildung islamischer Religionslehrer an deutschen Hochschulen, unter der jeweiligen Hochschulaufsicht der Länder und in deutscher Sprache;
- einen umfassenden Ausbau der Betreuungsplätze für Unterdreijährige und eine Kindergartenpflicht für Kinder ab drei Jahre, damit sie im Alter von vier

Jahren dann alle einem Sprachtest unterzogen werden; kein Kind darf mehr eingeschult werden, ohne die sprachlichen Mindestanforderungen zu erfüllen;

- verpflichtende jährliche Sprachtests – auch für bereits Zugewanderte –, bis ein Wortschatz und eine Sprachfähigkeit erreicht sind, die es ermöglichen, sich innerhalb unserer Gesellschaft gut zu verständigen;
- die Einstellung von mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Zuwanderungsgeschichte an unseren Schulen;
- mehr Geld für Lehrerstellen, damit kleinere Klassengrößen und mehr individuelle Förderung erreichen werden;
- mehr Geld für Sprachförderung in Kindergärten, damit die Kleinsten sprachlich bestmöglich auf die Grundschule vorbereitet werden;
- härtere Sanktionen gegen Integrations- und Sprachverweigerer: konsequent durchgesetzt werden müssen Kürzungen der finanziellen Mittel, denn nur dann erhöht sich der Druck, sich integrieren zu müssen; auch der Entzug der Aufenthaltserlaubnis sollte in Betracht gezogen werden.
- regelmäßige Bürgerbefragungen in den Kommunen, um zu erfahren, wo es Probleme im gesellschaftlichen Zusammenleben und Integrationsdefizite gibt;
- lokale Bündnisse für Integration vor Ort verbunden mit der Einführung von Ausschüssen für „Integration und Demografie“ auf kommunaler Ebene.
- Ab 2012 wird Kindergeld nur noch für Kinder bezahlt, von denen mindestens ein Elternteil vor dem 01.01.2000 EU-Bürgerin / Bürger war.

U N I O N D E R G E N E R A T I O N E N

Gut für **jung** & **alt**